

Sachdokumentation:

Signatur: DS 5484

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5484



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Newsletter vom 14. Dezember 2025

Inhalt

Hinausgeschobene Hausaufgaben für die Bildungspolitik.....	2
12. Dezember 2025, Hanspeter Amstutz.....	2
Pro & Kontra • Sollen Social Media für Jugendliche verboten werden?.....	4
Tages-Anzeiger, 10. Oktober 2025, Meinungen.....	4
Ja.....	4
Nein.....	5
Zürich führt wieder Förderklassen ein.....	6
NZZ, 25. März 2025, Zürich und Region, Giorgio Scherrer.....	6
Alain Pichard rechnet mit dem Frühfranzösisch ab.....	9
NZZ, 13. Mai 2025, Schweiz, Sebastian Briellmann.....	9
Die Lehrpläne wachsen, die Lernleistung sinkt.....	11
NZZ am Sonntag, 29. Juni 2025, Debatte, Carl Bossard.....	11
Am Stammplatz des «lebendigen Geistes».....	13
Journal21, 30. November, Carl Bossard.....	13
Wie Dialekt ein Weltbuch neu öffnet.....	15
Journal 21, 9. Dezember 2025, Carl Bossard.....	15



Hinausgeschobene Hausaufgaben für die Bildungspolitik

Ein Jahresrückblick mit Erwartungen fürs kommende Jahr

12. Dezember 2025, Hanspeter Amstutz

Gegen Ende eines Jahres Bilanz zu ziehen, gehört zur Standortbestimmung in Wirtschaft und Politik. Das gilt auch für die Bildungspolitik. Das vergangene Jahr hat einige schulische Baustellen, um die bisher ein grosser Bogen gemacht wurde, stark in den Fokus gerückt.

Förderklassen als wichtiger Teil eines flexibleren Schulsystems

Die grösste Baustelle ist zweifellos die integrative Schule. Nachdem nach Jahren des kostspieligen Experimentierens die Unruhe beim Integrieren verhaltensauffälliger Schüler in den Regelklassen nicht kleiner, sondern in unzähligen Klassen deutlich grösser geworden ist, kam es zum politischen Eklat. Alarmrufe des überforderten Lehrpersonals und die zunehmende Sorge um die Schulqualität riefen verantwortungsbewusste Bildungspolitiker auf den Plan. Klassenlehrpersonen forderten eine wirkungsvolle Entlastung, denn der bisherige Stil mit dem Ausweiten der Einzelförderung führte offensichtlich in eine Sackgasse. Die wiederholten Versprechungen von Dozenten der Hochschule für Heilpädagogik, zusätzliches Lehrpersonal zugunsten des Integrationsmodells würde Abhilfe schaffen, hatten sich als unhaltbar erwiesen.

Der Anstoss zum Handeln erfolgte von mehreren Parteien und engagierten Lehrpersonen gemeinsam, da man dem Leerlauf mit der auf die Spitze getriebenen Einzelförderung nicht länger untätig zusehen wollte. Dennoch war es eine ziemliche Überraschung, dass die Volksinitiative zur kantonsweiten Wiedereinführung von Förderklassen im Zürcher Kantonsrat eine deutliche Zustimmung erfuhr. Dieser Durchbruch zeigt, dass die Stimmung in der Integrationsfrage deutlich in Richtung «Separation bei Bedarf» gekippt ist. Weniger erfreulich ist jedoch, dass die Zürcher Bildungsdirektion in der nachfolgenden Vorlage zur Umsetzung der Förderklassen-Initiative nur eine halbherzige Kurskorrektur in der Integrationsfrage erkennen lässt.

Die Zürcher Bildungsdirektion tut sich schwer mit den Förderklassen

Auf den ersten Blick sieht das neue Förderkonzept der Zürcher Bildungsdirektion nach einer breiten Öffnung aus. Förderklassen sollen einen festen Platz im Schulsystem erhalten, aber auch Schulin-seln stehen den Schulgemeinden zur Wahl. Irritierend bleibt, dass durch die negativen Äusserungen der Bildungsdirektorin zum separativen Weg die Förderklassen einmal mehr in ein ungünstiges Licht gestellt werden. Das sind schlechte Voraussetzungen, um bei ausgewiesenem Bedarf wirklich Förderklassen einführen zu können. Es wäre nicht zielführend, wenn integrative Schulungsformen unter dem Schutz einer dominanten Ideologie weiterhin überall Vorrang hätten. Deshalb sind die Rahmenbedingungen für die Modellwahl durch die Gemeinden so zu präzisieren, dass eine Umgehung des klaren Auftrags verhindert wird. Zudem ist die Lehrerbildung besser auf die neuen Anforderungen für den Einsatz von Heilpädagogen in Förderklassen auszurichten. Nur durch eine Klärung dieser und weiterer Punkte kann ein vernünftiger Systemwechsel gelingen.



Das Mehrsprachenkonzept der Primarschule steht gewaltig unter Druck

Die zweite grosse Baustelle ist das überladene Mehrsprachenkonzept der Primarschule. Seit der Einführung einer frühen zweiten Fremdsprache ist das Sprachenkonzept ein Dauerthema. Doch erst mit der kürzlichen Bekanntgabe der miserablen Ergebnisse einer umfangreichen Studie zum Frühfranzösisch wurden die Diskussionen richtig heftig. Was die Lehrerschaft längst wusste, ist nun mit exakten Zahlen belegt. Auch da ist Schulpraktikern klar, dass ein Weiterfahren wie bisher keine erfolversprechende Option ist. Eine Fremdsprache ab der fünften Klasse ist genug, alles andere führt zu einer Verzettlung bei den Lernzielen und zu einem Verdruss vieler Schüler gegenüber unserer Landessprache Französisch.

Doch dieses Erkenntnis scheint bei namhaften Politikern in Bundesbern nicht vorhanden zu sein. Entgegen jeder pädagogischen Vernunft wird behauptet, das frühe Lernen zweier Fremdsprachen sei sinnvoll und stärke gar den nationalen Zusammenhalt. Bundesrätin Baume-Schneider drohte gar, vom Bund aus einzugreifen, falls sich die Kantone nicht auf eine Verpflichtung zum Frühfranzösisch einigen könnten. Doch für einmal blieben die meisten kantonalen Lehrerverbände standhaft, indem sie mit Nachdruck darauf pochten, dass das Mehrsprachenkonzept der Primarschule beendet werden müsse. Die Positionen in der Sprachendiskussion sind klar bezogen. Es ist zu hoffen, dass nicht ein ewiges Flickwerk mit Schaden für die Schüler weitergeführt wird. Vielmehr braucht es jetzt den mutigen Schritt, einen pädagogischen Fehlentscheid durch einen deutlichen Kurswechsel zu korrigieren.

Die Evaluation des Lehrplans erweist sich als dringend

Die Bildungspolitik ist im kommenden Jahr noch in anderen wesentlichen Fragen gefordert. Der neue Lehrplan erweist sich nicht als der mit Pauken und Trompeten angekündigte verlässliche Kompass für die Volksschule. Das Jahrhundertwerk ist mit Kompetenzzielen überladen und enthält zu viel inhaltliche Beliebigkeit. Eine baldige Evaluation des Lehrplans wäre sehr zu begrüßen. Leider ist zu befürchten, dass die EDK diese ungeliebte Befragung noch länger hinausschieben wird. Doch dieses Zögern hat seinen Preis. Dazu gehört, dass die kulturbildenden Realienfächer Geschichte und Geografie seit ihrer Reorganisation unter dem Titel «Räume, Zeiten, Gesellschaften» in eine bedenkliche Randstellung gelangt sind. Es fehlt in beiden Fächern ein klarer inhaltlicher Aufbau und in der Lehrerbildung überzeugt die zusammengelegte Ausbildung von Geschichte und Geografie in keiner Weise. Die alltäglichen Erfahrungen mit dem Lehrplan zeigen, dass grosser Handlungsbedarf besteht.

Das Jahr 2026 bietet einer teils neuen Generation von Bildungspolitikern die Chance, offensichtliche Fehler der Vergangenheit zu korrigieren. Dazu braucht es aber den Mut, radikal die Frage nach der Wirksamkeit von Lernkonzepten zu stellen. Gescheiterte Experimente wie die Totalintegration oder das Mehrsprachenkonzept der Primarschule, aber auch die irritierende Überfülle des neuen Lehrplans dürfen nicht länger den Schulalltag negativ beeinflussen. Die aktive Lehrerschaft erwartet zu Recht, dass die Bildungspolitik die aus der Praxis gestellten Hausaufgaben endlich löst.

Mit zwei besinnlichen Texten verabschieden wir uns in die Weihnachtspause

Erwähnenswert in einem Jahresrückblick ist zweifellos auch die Tatsache, dass Handyverbote an vielen Schulen mit grosser Zustimmung der Eltern eingeführt wurden. Offen bleibt, was im kom-



menden Jahr im Bereich der Sozialen Medien geschieht. Deren Schadenspotenzial für die Jugend ist nicht zu übersehen. Australien hat kürzlich mit dem Verbot der Benützung von Sozialen Medien für unter 16-Jährige eine weltweite Diskussion ausgelöst. Man darf gespannt sein, welche Lösung in der EU und in der Schweiz auf diese neue erzieherische Herausforderung gefunden wird.

Wir möchten das aufwühlende vergangene Jahr nicht einfach mit dem Hinweis auf grosse Baustellen ausklingen lassen. Wir haben für Sie deshalb mit zwei besinnlichen Beiträgen von Carl Bossard einen lesenswerten Schlussakkord gesetzt. Der mitten ins literarische Schaffen eines grossen Autors hineinführende erste Text lässt uns die Hektik unserer Zeit vergessen und passt gut in die Adventszeit. Und mit dem abschliessenden Kommentar zu einer Mundart-Ausgabe des berühmten Kinderbuchs «Le Petit Prince» versetzt uns Carl Bossard vollends in eine nachdenkliche Stimmung.

Wir von der Redaktion, Marianne Wüthrich, Ruedi Richner, Timotheus Bruderer und ich, wünschen Ihnen eine gesegnete Weihnachtszeit und alles Gute fürs neue Jahr. Wir melden uns nach einer Pause mit dem nächsten Newsletter wieder Mitte Januar.

Hanspeter Amstutz

Pro & Kontra • Sollen Social Media für Jugendliche verboten werden?

Tages-Anzeiger, 10. Oktober 2025, Meinungen

Der oberste Schulleiter will es, der Bundesrat prüft es. Unsere Redaktion ist über ein Verbot von Tiktok und Co. für Teenies gespalten.

Ja

Ich war schon über dreissig, als ich mich bei Tiktok anmeldete. Keine 24 Stunden später war ich süchtig. Monatelang raubte die App mir den Schlaf. Wenn selbst Erwachsene wie ich den Plattformen verfallen, wie soll das Gehirn eines Jugendlichen da standhalten?

Social Media stehlen unsere Aufmerksamkeit. Ingenieurinnen und Psychologen haben den Suchtmechanismus perfektioniert: jedes Like eine Mikrodosis Dopamin; Nonstop-Hirnstimulation; Sucht pur. Die langfristigen Effekte zeigen sich erst langsam. Noch ist die Forschung nicht eindeutig, doch Grund zur Vorsicht gibt es allemal: Die Konzentrationsfähigkeit sinkt, Schlaf und Stimmung leiden, Scrollen verdrängt Bewegung, Lesen und analoge Begegnungen. Cybermobbing nimmt rapide zu.

Genau deshalb braucht es Regeln - wie bei Alkohol und Tabak. «Der Zusammenhang mit psychischen Problemen ist nicht bewiesen», lautet der Einwand. Korrekt. Und in den 50ern galten Zigaretten als gesund. Eine Lobby-Maschinerie arbeitete jahrzehntelang daran, dass es so blieb. Jugendschutz muss bedeuten, Risiken zu begrenzen, bevor aus Indizien traurige Gewissheit wird.



Und Indizien gibt es genug: Mädchen schlittern wegen Magerwahn auf Instagram in Essstörungen. Jungs sterben an gefährlichen Tiktok-Challenges. Depressionen, Suizide, Ängste, Einsamkeit und Stress nehmen seit 2010 rapide zu, wie der Psychologe Jonathan Haidt in seinem Buch «Generation Angst» gezeigt hat.

Verbote lassen sich umgehen, klar. Auch wir haben auf dem Pausenplatz geraucht. Aber wenigstens sind wir dank des Jugendschutzes nicht schon mit der Zigarette im Mund aufgewacht.

Fakt ist, dass die Selbstkontrolle gegenüber professionellen Suchtmaschinen regelmässig versagt. Wer behauptet, 13- oder 14-Jährige könnten souverän dagegenhalten, ignoriert die Neuropsychologie der Pubertät. Und die Realität vieler Eltern, die ohnehin schon überlastet, überarbeitet und - pardon - selber süchtig sind.

Ein Verbot würde Familien, Schulen und Kindern Zeit verschaffen. Zum Lesen, Lernen, Spielen, Streiten und vor allem: zum Sich- Langweilen.

Die Kantone Aargau, Nidwalden und Wallis handeln jetzt schon: Sie verbieten Handys an Schulen und sorgen dafür, dass Kinder einen letzten Raum haben, wo sie miteinander reden und nicht nebeneinander scrollen. Mehrere EU-Staaten wollen ein Mindestalter für soziale Medien. Und Australien hat ein Social-Media-Verbot für unter 16-Jährige bereits beschlossen.

Es wird Zeit, nachzuziehen.

Sofiya Miroshnyk

Nein

Man kann die Sorgen von Eltern und Pädagogen verstehen. Kinder und Jugendliche, die regungslos am Handy kleben, um sich auf Social-Media-Plattformen herumzutreiben, sind ein beklemmender Anblick. Sie wirken wie gefesselt, oft, als würde ihnen gerade die Seele herausgesogen.

Handynutzung und Social-Media-Konsum von Kindern sind ein Problem. Ein gravierendes. Die Grünen-Ständerätin Maya Graf fordert vom Bundesrat, zu prüfen, ob Plattformen wie Tiktok oder Instagram für unter 16-Jährige verboten werden sollen. 80 Prozent der Schweizer Bevölkerung, so eine Sotomo-Studie von diesem Mai, befürworten ein Verbot. Selbst Thomas Minder, oberster Schulleiter der Schweiz, sagt: «Soziale Netzwerke gehören für Minderjährige verboten.»

Doch die Mehrheit irrt. Und Minder mit ihr. Verbote, die ohnehin niemand durchsetzen kann, helfen nicht. Die Lösung sind Eltern, die ihren Kindern endlich Grenzen setzen.

Der deutsche Generationenforscher Rüdiger Maas bringt die Misere in seinem Buch «Generation lebensunfähig» auf den Punkt: «Die Eltern sind doch selbst immer am Handy.» Mama und Papa posten die Znüni-Box auf Instagram, führen digitale Familienkalender, fordern Videokonferenzen statt Elternabende. Gleichzeitig praktizieren sie «Gentle Parenting» (eine Art Zen-Weg der Erziehung), verhandeln mit Achtjährigen über Schlafenszeiten und scheuen klare Ansagen, um den Nachwuchs nicht zu traumatisieren.



So wächst eine Generation heran, die kaum gelernt hat, mit Grenzen, Verzicht und Frustration umzugehen. Nicht weil Tiktok existiert, sondern weil viele Eltern überfordert sind - hin- und hergerissen zwischen Job, Ansprüchen und eigener digitaler Abhängigkeit. Nun sollen Verbote dies richten?

Nein. Es ist nicht Aufgabe des Staates, diese Erziehungsaufgaben zu übernehmen. Es ist die Pflicht der Eltern, Verantwortung zu tragen. Das Smartphone aus der Hand nehmen. Bildschirmzeit begrenzen. Nein sagen, auch wenn das Kind quengelt.

Verbote funktionieren ohnehin nicht. Medienforscher Daniel Süss von der ZHAW sagt es klar: «Verbote schaffen für Jugendliche in der Regel nur einen zusätzlichen Reiz.» Auch Rauchen ist für Minderjährige verboten - trotzdem paffen viele. Und technisch? Altersbeschränkungen im digitalen Raum sind kaum durchsetzbar.

Es braucht keine Verbote, sondern Eltern, die erziehen. Die Grenzen setzen. Die selbst vorleben, was sie von ihren Kindern verlangen. Wer seinem Kind das Handy nicht wegnehmen kann, sollte womöglich erst mal das eigene weglegen.

Michael Marti

Zürich führt wieder Förderklassen ein

NZZ, 25. März 2025, Zürich und Region, Giorgio Scherrer

Kantonsparlament erklärt bürgerliche Initiative für angenommen – Linke sehen schulische Integration in Gefahr

Die Rückkehr der Kleinklassen – sie ist da. Die schwierigsten Kinder wieder separat unterrichten statt sie in reguläre Klassen integrieren: Das ist das Ziel der Förderklasseninitiative, getragen von SVP, FDP und GLP. Und es ist nun auch offiziell das bildungspolitische Ziel des Kantons Zürich.

Am Montag hat das kantonale Parlament die Initiative direkt für angenommen erklärt, mit 96 zu 77 Stimmen. Damit entfällt die Volksabstimmung darüber. Sämtliche Zürcher Schulgemeinden werden künftig eigene Klassen für verhaltensauffällige Kinder anbieten müssen, sofern dafür ein Bedarf besteht. Zusätzliche Mittel sollen sie dafür nicht erhalten.

Der Entscheid ist weitreichend. Und die Kulmination eines jahrelangen Erosionsprozesses: weg vom Grundsatz, dass die Schulklasse ein Ort sein soll, an dem alle Kinder – auch verhaltensauffällige – Platz finden, egal wie sehr das den Unterrichtsalltag belastet.

Tempi passati, zumindest im Kanton Zürich. Marc Bourgeois (FDP) fasst die Haltung der Parlamentsmehrheit so zusammen: «Wenn du entdeckst, dass du ein totes Pferd reitest, dann steig ab.»

Mit einer anderen Tiermetapher reagierte darauf Silvia Steiner (Mitte), die als Bildungsdirektorin gegen die Initiative antrat und am Ende unterlag. Sie sagte: «Meine Damen und Herren, was Sie sich hier wünschen, ist eine eierlegende Wollmilchsau.»



Die Rückkehr der Förderklassen: die Rettung der Volksschule aus einem gescheiterten Integrationsystem – oder eine Scheinlösung, die nur neue Probleme schafft? Darüber stritt das Kantonsparlament während Stunden – und doch blieb am Ende Entscheidendes offen.

Kurz vor dem Kollaps

Auf der einen Seite standen dabei die Befürworter der Initiative. Sie zeichneten das Bild eines Schulsystems, das kurz vor dem Kollaps steht. «Die integrative Schule stösst an ihre Grenzen. Das System funktioniert nicht mehr», sagte Anita Borer (SVP). Schuld daran seien: Kinder von Einwanderern, die «Sozialmaschine» und, eben, die «schulische Integration um jeden Preis».

Der FDP-Mann Bourgeois sprach von mehr Lärm, mehr Unruhe und einer Verwirrung der Schulkinder durch unzählige Bezugspersonen – von der Lehrperson über die Logopädin bis zur Heilpädagogin. «Die Schwachen erhalten keine besseren Chancen, wenn im Schulzimmer Chaos herrscht», sagte er. «Dieses System sorgt nicht für Chancengerechtigkeit, sondern höchstens dafür, dass am Ende alle gleich schlecht sind.»

Immer mehr Geld für immer schlechtere Schulleistungen: Das ist im Kern die Kritik am integrativen System, das 2005 im Zürcher Volksschulgesetz verankert wurde. Aber lässt sich mit der Wiedereinführung von Förderklassen etwas daran ändern?

Nein, glauben die Gegner der Initiative. «Wir haben dieses System jahrzehntelang gehabt, es ist glorios gescheitert», sagte Rosmarie Joss (SP). Der Unterricht in Kleinklassen sei «eine Lehrerverbrennungsmaschine». Die Initiative werde zu grösseren Klassen und schlechterer Betreuung führen. Denn: Um die geplanten Förderklassen zu finanzieren, werde man voraussichtlich bei den Regelklassen sparen müssen.

Nicole Wyss (AL) argwöhnte schliesslich, die Initianten wollten den betroffenen Kindern gar nicht helfen. «Sie wollen bloss Störenfriede in Kleinklassen abschieben», sagte sie. Und bemühte ihrerseits die dritte Tiermetapher der Debatte: Die Vorlage sei nichts anderes als «ein Wolf im Schafspelz» – der Anfang vom Ende der integrativen Schule.

Das liessen wiederum die Bürgerlichen nicht auf sich sitzen. Die Wiedereinführung der Förderklassen sei «nicht der Totengräber der schulischen Integration, sondern womöglich deren Rettung», verkündete der FDP-Kantonsrat Bourgeois. Gar als «integrative Initiative» bezeichnete Chantal Galladé (GLP) das Vorhaben.

Die Idee dahinter: Momentan bieten die meisten Schulen im Kanton Zürich nur integrativen Unterricht an – oder im Ausnahmefall die Platzierung an eine externe Sonderschule für Kinder mit sehr hohem Förderbedarf. Kleinklassen würden hier eine Zwischenstufe schaffen, bei der die Kinder im selben Schulhaus bleiben und nach mindestens einem halben Jahr auch in die Regelklasse zurückversetzt werden könnten.

Eine Hoffnung, die die Linke als ein «Ammenmärchen» sah. Sei eine Förderklasse erst einmal eingerichtet, müsse sie auch gefüllt werden, sagte Livia Knüsel (Grüne). «Je länger eine Separation andauert, desto schwieriger wird die Integration.» Deshalb werde die Initiative, anders als behauptet, die Gemeinden zur flächendeckenden Einführung von Förderklassen zwingen.



Letztes Wort nicht gesprochen

Ob das am Ende wirklich so sein wird, ist in vielerlei Hinsicht die entscheidende Frage. Denn: Schon heute können Zürcher Schulgemeinden Kleinklassen einführen, wenn sie dies wollen. Der Grund, warum es nur wenige tun, sind die Ressourcen: Nutzt man sie für separierte Klassen, fehlen sie im regulären Unterricht.

Daran werde auch die Annahme der Initiative nichts ändern, gab Bildungsdirektorin Steiner zu bedenken. Das Vorhaben gereiche «dem Grossteil der Schülerinnen und Schüler zum Nachteil». Die Volksschule sei trotz allen Herausforderungen besser als ihr Ruf. Glücke dort die Integration, habe das positive Auswirkungen bis weit ins Erwachsenenleben. Umgekehrt gelte, so Steiner: «Wenn es der Schule nicht gelingt, Kinder zu integrieren, wird es uns auch später nicht gelingen.»

Diese Haltung setzte sich am Ende nicht durch. Und doch: Das letzte Wort in der Förderklassenfrage ist mit dem Sieg von SVP, FDP und GLP nicht gesprochen. Zwar ist das Ziel der Initiative eigentlich klar: Die neuen Förderklassen sollen durchlässig, von einer schulischen Heilpädagogin geleitet und möglichst im selben Schulhaus wie die Regelklasse angesiedelt sein. Zwei Arten von Schülern sollen darin Platz finden: solche mit «auffälligem Verhalten» und jene, die nur in kleinen Gruppen gut lernen können. Über die Platzierung soll die Schulpflege entscheiden.

Dennoch bleibt Entscheidendes ungeklärt, etwa die Finanzierung der Klassen. Oder die Frage, ob unwillige Gemeinden zur Einführung von Kleinklassen gezwungen werden können.

Der Grund dafür: Die Initiative ist als allgemeine Anregung formuliert, es liegt also noch kein gültiger Gesetzestext vor. Bis im November muss die Regierung nun einen solchen ausarbeiten, den dann wiederum das Parlament bis im Juni 2026 beraten muss. Da AL und Grüne bereits angekündigt haben, gegebenenfalls ein Referendum zu ergreifen, könnte es schliesslich doch noch zu einer Volksabstimmung kommen. Die Umsetzung wird also dauern. Und: Auch politische Störmanöver sind noch möglich.

Unbehagen bei Grünliberalen

Eine zentrale Rolle kommt dabei der GLP zu, der Mehrheitsbeschafferin der Bürgerlichen in dieser Frage. Dass sie sich in einer bildungspolitischen Grundsatzfrage so klar gegen die Linke stellt, ist aussergewöhnlich – normalerweise greift dort die sogenannte «Kita-Allianz» von GLP bis AL.

Viele Grünliberale waren denn auch bemüht, sich vom Prinzip der schulischen Separation zu distanzieren. Auf eine wohlplatzierte Provokation des Grünen Florian Heer – «Zurück in die 1970er mit der GLP!» – folgten entrüstete Dementis, die schliesslich im beschwörenden Aufruf der Kantonsrätin Christa Stünzi an die Linke mündete: «Kommen Sie zur Vernunft! Diskutieren Sie mit uns über Lösungen, die echte Integration bedeuten.»

Tatsächlich wäre ein Kuhhandel zwischen GLP und Linksparteien bei der Umsetzung der Volksinitiative denkbar. Denn anders als FDP und SVP sind die Grünliberalen nicht grundsätzlich gegen höhere Ausgaben für die Volksschule. Mehr Mittel für linke Anliegen wie die schulische Heilpädagogik gegen eine begrenzte Unterstützung von Kleinklassen: Ein solcher Deal scheint, das zeigen Gespräche mit diversen Parlamentariern, zumindest denkbar.



Dazu passt, dass auch Bildungsdirektorin Steiner eine «umsichtige» Umsetzung der Initiative plant, wie sie der NZZ im Nachgang zur Debatte sagt. «Ich nehme mit: Das Parlament wünscht sich eine freiwillige Lösung, die «Systemsprenger» in den Schulklassen ins Zentrum stellt.» Sie werde nun ein mehrheitsfähiges Gesamtpaket erarbeiten und dabei prüfen, ob darin nicht auch zusätzliche Mittel für Schulinseln oder erweiterte Lernräume Platz hätten: zwei Modelle, die als Alternative zu Kleinklassen gelten.

Ihr Ziel, so Steiner, sei es stets gewesen, die Schulen nicht durch ständige Reformen zu belasten. Entsprechend werde sie sich auch jetzt bemühen, das Prinzip der schulischen Integration im Grundsatz zu bewahren. Sie ist überzeugt: «Einen kompletten Systemwechsel wird es mit diesem Entscheid nicht geben.»

Weniger entspannt blicken die schulischen Fachverbände auf den Entscheid des Kantonsparlaments. In einer gemeinsamen Mitteilung warnen Vertreter der Lehrerschaft, der Schulleitungen und der Sonderpädagogen vor «gravierenden Folgen». Die Initiative sei «eine Mogelpackung», die entgegen anderslautenden Versprechen zu Mehrkosten und einer tieferen Unterrichtsqualität führen werde.

Ein «Rückschritt um Jahrzehnte» steht laut den Pädagoginnen und Pädagogen kurz bevor. Sie blenden dabei aus, dass es nicht zuletzt die hartnäckigen Klagen von Lehrerinnen und Lehrern waren, die zum Imageverlust der integrativen Schule entscheidend beitrugen. So zeigte vergangenes Jahr etwa eine Umfrage unter Basler Lehrpersonen, dass sich rund 85 Prozent die Rückkehr von Kleinklassen wünschten. Auch diverse Umfragen in der Bevölkerung zeichnen ein ähnliches Bild. Eine Befragung im Auftrag der NZZ ergab schon vor zwei Jahren, dass zwei Drittel der Zürcherinnen und Zürcher Kleinklassen wieder einführen möchten. So wie es nun geschehen soll.

Alain Pichard rechnet mit dem Frühfranzösisch ab

NZZ, 13. Mai 2025, Schweiz, Sebastian Briellmann

Der bekannteste Lehrer der Schweiz spricht von einer «Vollkatastrophe»

Alain Pichard kommt gerade aus dem Klassenzimmer, als er das Telefon abnimmt. «Es ist ein kompletter Unsinn», seufzt er in den Hörer, «wirklich ein Unsinn.» Pichard, 69, der «bekannteste Lehrer der Schweiz» («Sonntags-Zeitung»), hat gerade den Französischunterricht in einer dritten Klasse beendet. An einer Brennpunktschule in Pieterlen, nahe bei Biel. Als Notnagel, sagt er selbst. Eine Klasse, 28 Schüler, von denen 80 Prozent daheim kein Deutsch sprechen. Ein hoffnungsloses Unterfangen. Nicht aufgrund der Schüler, «die sind die Opfer dieser Farce», sagt Pichard, viele von ihnen könnten noch nicht einmal richtig Deutsch – «wie sollen sie dann Französisch lernen? Und mit diesen Lehrmitteln?» Nein, für Pichard bestätigt sich hier dieser «monumentale Irrtum – eine Vollkatastrophe».

Jetzt könnte sich aber etwas ändern, das Frühfranzösisch gerät politisch unter Druck. In Appenzell Ausserrhoden ist der Ausstieg beschlossene Sache. Weitere Kantone könnten folgen. Thurgau, Schwyz, Bern, Aargau, Luzern, St. Gallen. Späte Genugtuung verspürt Pichard aber nicht. Er, der



seit 46 Jahren in den Klassenzimmern dieses Landes wirkt. Und einfach nicht aufhört, weil er es kann, weil es ihm immer noch Spass macht, weil es ihn braucht. Bereits vor zwei Jahren sagte er, dass es nun genug sei («auch wenn mir das niemand glaubt»). Er musste selbst lachen. Er hat es sich ja selbst nicht geglaubt. Weil ihn das Lehrersein nicht loslässt.

Studienergebnisse ignoriert

Und vielleicht noch mehr die Entwicklungen in der Schule, die Reformen, der Lehrplan 21 – und eben: dieses Frühfranzösisch. Pichard ruft ins Telefon: «Das war die unsinnigste Reform aller Zeiten. Schreiben Sie das. In Grossbuchstaben.»

Das sagt Pichard nicht aus einer Laune heraus. Seine Verärgerung kommt von tief drinnen, aber er begründet sie nicht nur mit seiner Erfahrung und seinen Kenntnissen über Spracherwerb, sondern auch mit der Studienlage. Pichard war schon seit Beginn einer von wenigen Lehrern, die sich gegen die Einführung des Frühfranzösisch ausgesprochen haben. Er begrüsst den damaligen Modus, bei dem vor der Mittelstufe keine Fremdsprachen unterrichtet wurden. Auch medial, was Pädagogen nur ungern tun, weil sie oft von den Politikern dafür getadelt werden.

Dafür wurde er beschimpft. Der Vorwurf: Er wolle das Französisch aus der Schule verbannen. Pichard sagt: «Im Gegenteil, ich will das Französisch nicht schwächen, sondern stärken. Ich bin überzeugter Französischlehrer.» Es seien die Befürworter des Frühfranzösisch, die dafür gesorgt hätten, dass die Schüler immer schlechter würden, eine Landessprache zum «Hassfach» geworden sei.

Schon vor der Einführung haben Studien aus Deutschland im Jahr 2005 ergeben, dass den Schülern nicht geholfen ist, wenn sie so früh mit einer Fremdsprache in Kontakt kommen. Sei es Französisch oder Englisch. Pichard sagt: «Man blendete alles aus, was dagegen sprach. Nie mehr darf eine unheilige Allianz aus Verwaltung, Politik und Wissenschaft einer ganzen Generation von Schülerinnen und Schülern und ihren Lehrkräften eine solche Reform aufzwingen. Und die pädagogischen Hochschulen und der Lehrerverband sind «nachgejoggelt».»

Bis heute halten diese Kreise an der Sinnhaftigkeit des Frühfranzösisch fest. Obschon die Reform Hunderte Millionen Franken gekostet haben dürfte und nichts gebracht hat. «Riesige Investitionen und keine Rendite» – deshalb halte man daran fest, sagt Pichard, niemand wolle (teure) Fehler zugeben. Man mache mit diesem «Irrsinn» weiter und glaube immer noch, man könne den Kindern mit drei Lektionen pro Woche via «Sprachbad» das Französisch einfliessen lassen. Unterrichtet von Unterstufenlehrern, die die Sprache oft ungenügend beherrschten. «Heraus kommt ein Küchenrezept-Französisch.» Pichard lacht. Es hilft nur Galgenhumor. Und es klingt auch ein wenig nach Verzweiflung.

Sorge um die Zukunft

Heute sind die Französischkenntnisse schlechter denn je. Nur 10 Prozent der Unterstufenschüler erreichen beim Sprechen das Grundniveau, also die niedrigste Stufe. Pichard sagt: «Das verzeihe ich den Reformeiferern nie.» Sie hätten eine Landessprache und «eine wunderbare Sprache mit dieser verkorksten Reform an die Wand gefahren». Vielleicht für immer. Immerhin werde er nicht mehr beschimpft. Aber wohl eher darum, vermutet er, weil er nun auch Politiker sei. Pichard sitzt



für die GLP im Berner Kantonsparlament. «Da hat man offenbar eine gewisse Aura.» Ein schwacher Trost.

Aber ist denn gar nichts mehr zu retten? Pichard ist skeptisch. Es brauche eine Kehrtwende, aber dazu fehle der Mut. Er glaube erst an eine «Wende zum Guten», wenn Französisch frühestens ab der Mittelstufe unterrichtet werde. Derzeit, sagt Pichard desillusioniert, befürchte er eher, dass sich – wie in der Ostschweiz – das ohnehin schon dominierende Englisch vollends durchsetze. «Dann stirbt Franz wirklich.» Es wäre eine Tragödie.

Darum fordert er ein sofortiges Umdenken, einen Marschhalt. Mit der Streichung von Frühfranzösisch könnten zeitliche und finanzielle Ressourcen freigemacht werden. «Es ist besser, etwas gar nicht zu unterrichten, als es schlecht zu tun.» Alain Pichard wird auch diese Woche seine Drittklässler wieder in Französisch unterrichten. Lieder singen, Dialoge lernen, den Markt in Biel besuchen. «Bringen wird es diesen jungen Knirpsen wohl wenig. Sie müssten jetzt vorab einmal gründlich Deutsch lernen.» Aber Pichard ist immer noch da. Jeder «Reformruine» zum Trotz.

Die Lehrpläne wachsen, die Lernleistung sinkt

NZZ am Sonntag, 29. Juni 2025, Debatte, Carl Bossard

Der Lehrplan 21 definiert auf 470 Seiten insgesamt 363 Kompetenzen sowie 2304 Kompetenzstufen, die intensiv getestet werden. Und doch sinken die Lernleistungen. Die Bildungspolitik muss aufwachen, findet Carl Bossard

Ehemalige Schüler schwärmen noch heute von seinem Unterricht. Der Lehrer und Autor Peter Bichsel selber sagte: «Damals hatte man eine Schulstube, in der man schalten und walten konnte, wie man wollte. Der Lehrplan bestand aus zwanzig Seiten, und zwar für die gesamte Primarschule von der ersten bis zur sechsten Klasse. Inzwischen sind das richtige Wälzer.» – Bichsel und die pädagogische Freiheit!

Und er ergänzte: «Ich musste damals im Jahr genau zwei Formulare ausfüllen: eins mit der Liste aller Schüler, mit Geburtsdatum und Heimatort, dazu einen Jahresbericht von einer A4-Seite, wo man angab, was man in dem Schuljahr so gemacht hatte. Heute haben die Lehrer jeden Tag mindestens eine Stunde Büroarbeit. Daran wäre ich wohl gescheitert, nicht an den Schülern, aber an der Bürokratie.» – Bichsel und der pädagogische Papierkram!

Die Zeiten sind anders geworden; die Zivilisationsdynamik hat vieles verändert. Das gilt auch für die Volksschule. Seit bald dreissig Jahren wird unser Bildungssystem tüchtig umgebaut und ausgebaut. Moderner sollte die Schule werden und wirksamer! Zeitgemäss und zukunftsorientiert! Viele Bildungspolitiker setzten allerdings Bildung mit ihrer Reform gleich.

Promotor des Umbaus war der Zürcher Regierungsrat Ernst Buschor. Er unterzog zuerst das Spitalwesen und ab Mitte der neunziger Jahre auch die Volksschule einer Radikalreform. Der St. Galler Hochschullehrer für Finanzwirtschaft glaubte an die konsequente Effizienzorientierung von Bildungssystemen, an ihre Mess- und Kontrollierbarkeit: das Pädagogische als ISO-9000-Projekt!



Die Schule sollte sich in eine wirkungsvolle Organisation verwandeln, gesteuert von der Bildungsverwaltung. Entsprechend kräftig ist die Administration gewachsen. Buschor hielt das Betriebswirtschaftliche und das Pädagogische für vereinbar – mit entsprechenden Managementmethoden. Sein Credo: Organisationen sind dann effizient, wenn es gelingt, Prozesse zu vereinfachen und Abläufe zu vereinheitlichen. Das ist das eine. Dazu kamen unter anderem zwei frühe Fremdsprachen, der Wechsel vom dialogischen Lernen in der Klassengemeinschaft hin zum selbstorientierten Individuallernen und die forcierte Integration ganz unterschiedlicher Kinder.

Die Akzente von Unterricht und Lernen verschoben sich. Den Schulen wird nicht mehr vorgegeben, was sie inhaltlich zu vermitteln haben. Detailliert dekretiert und genau geregelt ist nun, was die Schülerinnen und Schüler am Ende einer Zeiteinheit können müssen. Der Lehrplan 21 definiert auf 470 Seiten 363 Kompetenzen sowie 2304 Kompetenzstufen. Alles sehr kleinteilig! Die staatliche Schulstrategie stellte von der Input- auf die Output-Steuerung um. So sollte die Effizienz schulischer Bildungsarbeit erhöht und die Unterrichtsqualität am Outcome gemessen werden. Gemäss Lehrplan 21 lässt sich jedes schulisch vermittelte Wissen als ein Können kontrollieren und überprüfen. Entsprechend wird getestet. Das Kind und sein abrufbarer Output!

Diesem Zweck dienen auch die internationalen Schulleistungsvergleiche wie Pisa. Nötig sind nationale Bildungsstandards. Sie beschreiben, welche Grundkompetenzen (GK) die Schülerinnen und Schüler während der obligatorischen Schulzeit erwerben sollen. Wer Standards hat, braucht schematisierte Vergleichstests – wie beispielsweise die ÜGK, die Überprüfung der Grundkompetenzen. Standards beschränken Bildung auf ein enges Spektrum von vermessbaren Kompetenzen. Aus der Forschung wissen wir aber, dass eine solche Leistungsdifferenzierung kaum Einfluss auf den Lernerfolg der Schüler hat.

Und noch etwas zeigt die Wissenschaft: Die wachsende Schematisierung des Unterrichts reduziert die pädagogische Freiheit der Lehrkräfte, und sie schränkt Kreativität und Vielfalt ein. Ausserdem führt sie – und das ist das Tragische – zu einem Verlust an pädagogischem Sinn. Mit ein Grund für die sinkenden Lernleistungen unserer Schulabgänger? Die Resultate der elementaren Kulturtechniken wie beispielsweise Lesen und Schreiben werden seit Jahren schwächer. Konkret: Ein Viertel der Schüler versteht nach neun Schuljahren einen einfachen Text nicht richtig. Das kümmert die Verantwortlichen in den Stäben und an den pädagogischen Hochschulen kaum. Eigentlich sollten alle Warnlampen leuchten! Doch der Rektor der PH Bern findet diese Tatsache «nicht besorgniserregend». Benachteiligt sind – einmal mehr – lernschwächere Jugendliche. Die Bildungspolitik müsste sich längst bewusst werden: Vieles geschieht; wenig wirkt.

Peter Bichsel hatte grosse Freiheit und kannte keine Kontrollbürokratie. Er konnte kreativ wirken. Einer seiner Schüler schreibt: «Ich bin überzeugt, dass ich nur dank Peter Bichsel später im Beruf erfolgreich war.»

Carl Bossard, 75, ist Gründungsrektor der Pädagogischen Hochschule Zug. Davor war er Mittelschulrektor in Nidwalden und Direktor der Kantonsschule Luzern. Heute begleitet er Schulen, leitet Weiterbildungskurse und beschäftigt sich mit bildungspolitischen Fragen.



Am Stammpplatz des «lebendigen Geistes»

Journal 21, 30. November, Carl Bossard

Dass ein Philosoph seinen Stammpplatz in einem Gasthaus hat, mag überraschen. Aber gerade dieser Ort eignet sich als Denkfigur. Auf Hans-Georg Gadamers Spuren in Alt-Heidelberg.



Gasthaus-Weinstube «Hackteufel» in Alt-Heidelberg (Foto: Carl Bossard)

Ich war letzte Woche in Heidelberg, beruflich unterwegs. Nach der Arbeit blieb stets ein Rest von Unruhe in mir: eine Mischung aus geistigem Angeregt-Sein und leichter Übermüdung; Städte wie Heidelberg verstärken das noch. Und so landete ich – beinahe automatisch – im «Hackteufel». Ein kleines Gasthaus, einen Schritt entfernt von der Heiliggeistkirche, eingespannt zwischen Touristenströmen und studentischer Gewohnheit, fast direkt am Neckar gelegen. Und dort, in der Fensterecke, ein unscheinbarer Tisch, an der Wand ein Porträtbild von Hans-Georg Gadamer und der Hinweis: Stammpplatz des «lebendigen Geistes». Per Zufall kam ich darunter zu sitzen.

Ein Stammpplatz, an dem etwas geblieben ist

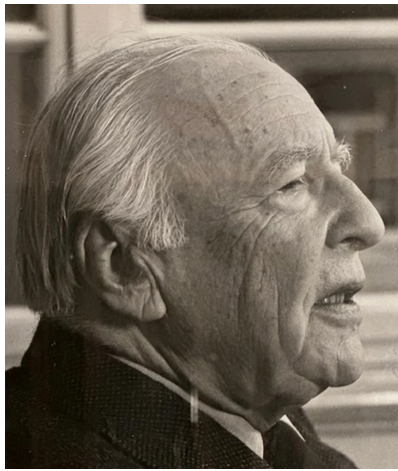
Ich hatte von diesem Tisch gehört, aber nichts bereitet darauf vor, wie selbstverständlich er dasteht. Kein musealer Ernst, keine Aura der Verehrung. Die Sitzecke mit dem Bild erhebt den Philosophen nicht zur Statue, sondern hält ihn fest in jener Haltung, die sein Denken auszeichnete: Geist als etwas Lebendiges, Bewegliches, Geselliges. Nicht der Geist des Systems, sondern der Geist im Ge-



sprach. Gadamer als Liebhaber des Sensus communis, des gesunden Menschenverstandes – nicht im Sinn banaler Alltagsvernunft, sondern als gemeinsame Urteilskraft, die in der geteilten Welt des Gesprächs entsteht.

Ganz spontan stellt sich der Eindruck ein, Gadamer sei gerade erst aufgestanden, um kurz frische Luft zu schnappen. Ein Stammpplatz, an dem etwas geblieben ist.

Verstehen als Geschehen zwischen Menschen



*Hans-Georg Gadamer (Foto:
Isabel Hellmich, Heidelberg)*

Ich kam zweimal dorthin, zuerst neugierig und begleitet von Berufskollegen, dann beinahe suchend und allein. Nach Momenten des Lehrens, nach Gesprächen mit Studierenden über das Systematische der Lehr- und Lernprozesse, über die Effektkräfte im Bildungsfeld wirkte der Hackteufel wie ein Gegenstück: weniger institutionell, weniger ordnend. Ein Raum, in dem Gespräch nicht geplant, sondern einfach möglich ist.

Vielleicht war es dieser Kontrast, der Gadamers Präsenz so lebendig machte. Sein hermeneutischer Grundgedanke – dass Verstehen ein Ereignis ist, ein Geschehen zwischen Menschen – bekommt plötzlich eine räumliche Temperatur. Zwischen dem Holz der Tische, den Stimmen der Gäste und der leicht schiefen Decke wird deutlich, dass «Geist» kein abstrakter Besitz ist, sondern eine Bewegung, die sich ereignet, wenn man sich auf Welt und Gegenüber einlässt.

Der stille Unterricht des Ortes

Beim zweiten Mal setzte ich mich nicht an seinen Platz. Das wäre mir zu nahe gewesen. Aber ich blieb in Sichtweite und beobachtete, wie sich Gespräche entzündeten, verstummten und wieder in Fahrt kamen. Wie Fremde plötzlich miteinander lachten. Wie eine Bedienung einem älteren Mann die Hand auf die Schulter legte, als kenne sie ihn seit Jahren.

Ich erlebte, wie ungezwungene Situationen etwas Belebendes, vielleicht sogar Lehrhaftes in sich tragen. Ohne Erklärung, ohne Didaktik. Solche Momente zeigen vielleicht, wie es gemeint ist.

Plötzlich verstand ich, warum das Porträtbild nicht «Dem grossen Philosophen» oder «Dem Ehrenbürger» gewidmet ist, sondern dem «lebendigen Geist». Es ist eine Einladung: nicht das Denken zu verewigen, sondern es fortzusetzen. Nicht zu rezitieren, sondern zu antworten.

Was vom Besuch bleibt

Als ich nochmals dort sass, diesmal ganz allein und beobachtend, wurde mir klar, dass dieser Ort ein leises Gegenbild zu vielen unserer heutigen Diskursformen ist: jenen performativen, flüchtigen, oft polarisierenden Bühnen, auf denen kaum noch gefragt wird, sondern behauptet.

Der «Hackteufel» erinnert an etwas Einfaches und zugleich Herausforderndes: dass Verstehen ein gemeinsamer Akt ist. Dass Wahrheit nicht im Monolog entsteht und auch nicht im Schlagabtausch.



Und dass die geistige Welt, zu der Gadamer eingeladen hat, nicht in Bibliotheken eingeschlossen bleibt, sondern an Orten wie diesem Lokal weiteratmet – im Stimmengewirr, in der Wärme einer Weinstube, in der Bereitschaft, sich ins Gespräch zu wagen.

Ich verliess das Gasthaus mit dem Gefühl, dass ich weniger «Gadamer besucht» als vielmehr einen Denkstil berührt hatte. Einen, der sagt: Geist lebt, wo Menschen einander zuhören. Und vielleicht liegt darin das Unzerstörbare von Gadammers Vermächtnis.

Wie Dialekt ein Weltbuch neu öffnet

Journal 21, 9. Dezember 2025, Carl Bossard

Seit über achtzig Jahren spricht «Der Kleine Prinz» zu Menschen aller Generationen. Nun tritt er in einer Schwyzer Mundartfassung auf. Die Übersetzung zeigt, wie sehr Sprache Heimat schaffen kann – selbst in einer Geschichte, die längst allen gehört.



Wenn «Der Kleine Prinz» im Schwyzer Dialekt daherkommt, öffnet sich die Geschichte wie ein Fenster in vertrauter Sprache. Plötzlich steht der ferne Sternengast mitten im Bücherraum – nah, ungeschützt, berührbar. Das zeigte sich vor Kurzem bei der Vernissage in der Schwyzer Kantonsbi-



bliothek¹. Die neue Mundartversion von Saint-Exupéry's Klassiker lässt Figuren und Szenen unmittelbar wirken und zeigt, wie Sprache Heimat schafft, selbst in einer Erzählung, die vielen vertraut ist.

Ein Märchen – und ein Widerspruch

Die Schwyzer Dialektausgabe «De chlii Prinz» geht auf die Initiative der Goldauer Verlegerin Martha Keller zurück. Die Vernissage zur Schwyzer Mundart-Übersetzung war mehr als die Präsentation eines Buches. Sie machte hör- und spürbar, weshalb Antoine de Saint-Exupéry's Erzählung auch Jahrzehnte nach ihrem Erscheinen nichts von ihrer Kraft verloren hat – und warum sie im Dialekt eine besondere Nähe gewinnt.

Was auf den ersten Blick wie ein sanftes Märchen wirkt, entpuppte sich – wie der Sprachwissenschaftler Daniel Annen in seinem Geleitwort darlegt – als leise widerständiger Text. «Der kleine Prinz» erzähle nicht nur für Kinder, sondern halte der Erwachsenenwelt einen Spiegel vor, in dem Zahlen, Funktionen und Rollen ihre vermeintliche Selbstverständlichkeit verlieren. Gerade in seiner Zartheit liege eine stille, aber nachhaltige Kritik an einer Welt, die sich allzu gern über Effizienz, Kontrolle und Nutzen definiert.

Nähe durch Dialekt

Die Schwyzer Mundart übersetzt diesen Ton nicht nur sprachlich, sondern atmosphärisch. «De Chlii Prinz» tritt nicht belehrend auf, sondern fragend, aufmerksam, unbeirrt vom modernen Zweckdenken. Dialekt schafft Nähe – nicht durch Vereinfachung, sondern indem vertraute Klänge auf ungewohnte Fragen treffen. So gewinnt die Erzählung an Unmittelbarkeit und behält zugleich ihre poetische Tiefe. Das zeigten die Mundartpassagen, vorgetragen vom Schwyzer Schauspieler Claude Keller.

Wüste, Schlange und Leerstelle

Schon die Eröffnung des Märchens sprengt, wie Annen hervorhebt, den Rahmen eines harmlosen Kinderbuchs: die Widmung an einen Erwachsenen, der zugleich in seine Kindheit versetzt wird, dann das irritierende Bild einer gefährlich zubeissenden Schlange und der Absturz des erzählenden Flugzeugpiloten in einer verlassenen Wüstengegend. Diese Motive wirken wie eine Ouvertüre. Sie verweisen auf Einsamkeit, Gefährdung und Orientierungslosigkeit – auf Situationen, in denen technische Sicherheit versagt und existentielle Fragen aufbrechen.

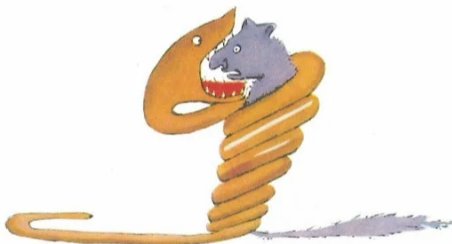
Besondere Aufmerksamkeit schenkt Annen der Figur der Schlange, die nicht eindimensional als Bedrohung gelesen werden dürfe. Sie stehe vielmehr für Ambivalenz: für Gefahr und Übergang zugleich, für Ende und Verwandlung. Dass der kleine Prinz ihr ohne Furcht begegnet, verweist auf ein Vertrauen, das sich dem rein funktionalen Denken entzieht.\$

Die Wüste erscheint in diesem Zusammenhang als bewusste Leerstelle: ein Ort ohne Nutzen und ohne Plan – und gerade deshalb ein Möglichkeitsraum für Begegnung, Zuhören und Erkenntnis.

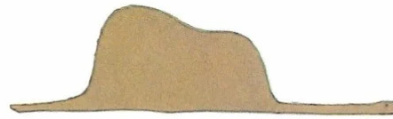
¹ Antoine de Saint-Exupéry: De chlii Prinz. Mit Illustrationen des Autors. In Schwyzer Mundart. Goldau: CANTINA Verlag, 2026. Gleichzeitig ist vom Übersetzer ein kluger Kommentar erschienen: Daniel Annen: De chlii Prinz. Gedanken zum «Kleinen Prinzen». Goldau: CANTINA Verlag, 2026. 31 S.



Wo n ich sächsi gsii bi, han ich äinisch ganz äs schöns Bild imene Buech gsee. Ds Buech hed vom Urwald ghandlet und hed «Erläbti Gschichte» gheisse. Uf em Bild isch ä Boa-Schlange gsii, wo grad äs Raubtier gfrässe hed. Da isch ä Kopii vo dere Zeichnig.

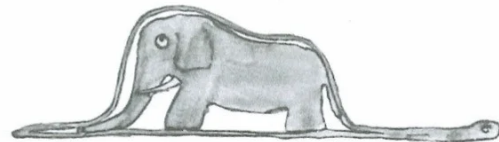


Im Buech isch gschtande: «D'Boas frässid iri Büüti a eim Shtück. Si pfnätschid nid. Nach em Frässe chönd si sich nümme bewege, und si schlafid sächs Mönnet, bis si ires Frässe verdaut hend. Ich ha druf abe immer wider über d'Erlebnis im Dschungel nachedänkt und ha mit mine



Farbschäfte die erscht Zeichnig gmacht. Mini Zeichnig Nr. 1 hed so uusgsee:

Ich ha mis Mäischterwärd de grosse Lüüt zeigt und gfragt, öb ine mini Zeichnig Angscht miech? Si hend gantwortet: «Wärum söllid mier vor mene Huet Angscht haa?» Mi Zeichnig isch aber kei Huet gsii, sondern ä Boa, wo en Elefant verdaut hed. Ich ha de s'Inneri vo de Boa zeichnet, demit die Grosse au nachechömid. Mä muess dene immer alles erchläre. Mi Zeichnig Nr. 2 hed so uusgsee.



Die Grosse hend mier grate, ich söll mit em Zeichne vo Boas uufhöre. Äs isch ganz glich, öb die Zeichnige öppis verdeckid oder eröffnid. Ich söll lieber Geografii, Gschicht, Rächne und Grammatik leere. So hani mit sächs Jahre uuf-

Seiten aus «De chlii Prinz»

Die Welt der grossen Leute

Auf seiner Reise von Planet zu Planet trifft der kleine Prinz auf Figuren, die als überzeichnete Typen erscheinen, zugleich aber erstaunlich gegenwärtig wirken: König, Eitler, Säufner, Geschäftsmann, Laternenanzünder, Geograf. In ihnen, so Annen sinngemäss, zeigen sich Lebensformen, die sich absolut gesetzt haben. Macht, Besitz, Pflichterfüllung und abstraktes Wissen werden zu Selbstzwecken – und führen nicht zu Freiheit, sondern zu Vereinzelung.

Das Herz als Mass

Demgegenüber stehen Beziehungen, die keinem Zweck dienen: die Freundschaft mit dem Piloten, die Begegnung mit dem Fuchs und vor allem die Bindung an die Rose. Sie wird nicht wichtig, weil sie schon zum vornherein einzigartig wäre, sondern weil Zeit, Aufmerksamkeit und Verantwortung in sie investiert wurden. Der berühmte Satz vom Sehen mit dem Herzen erhält so eine existentielle Bedeutung: Gemeint ist keine Sentimentalität, sondern eine ganzheitliche Wahrnehmung, die in menschlichen Beziehungen Vorrang vor Besitz und Verwertung hat.



Ein offenes Ende

Der Abschied des kleinen Prinzen bleibt offen. Er hinterlässt einen leeren Ort in der Wüste und einen Stern am Himmel. Diese Leerstelle ist, wie Annen betont, kein Mangel, sondern Teil des Erzählgehalts. Was wirklich zählt, entzieht sich der vollständigen Verfügbarkeit. Zurück bleibt nicht Gewissheit, sondern Vertrauen – und das leise Lachen, das die Welt verändert, ohne sie festzulegen.

Die Schwyzer Mundart-Wiedergabe verstärkt diese Haltung. Sie holt den Text aus der Distanz des Klassikers ins Vertraute, ohne ihn über Gebühr zu vereindeutigen. «De chlii Prinz» bleibt leise, offen und widerständig – und begleitet die Lesenden mit der Ahnung, dass die Welt grösser ist als das, was sich zählen, planen oder sichern lässt.

Ein leiser Nachhall

Vielleicht liegt gerade darin die besondere Stärke dieser Dialektversion: Sie macht hörbar, dass «De chlii Prinz» keine fertigen Antworten liefert. Er will nicht belehren; er bleibt ein fragender Begleiter. Wie Daniel Annen treffend schreibt: «Bei aller Sanftheit und Milde [...] fährt [die Geschichte vom *Kleinen Prinzen] kritisch drein in scheinbare Sicherheiten unseres Alltags.» Die Worte laden ein, innezuhalten, hinzuhören und mit dem Herzen zu sehen – hier und jetzt, nicht in einer fernen Welt.

In der Mundart klingt das Fragen weniger literarisch, dafür unmittelbarer, dringlicher. Ein leiser Nachhall bleibt zurück, der sanft nachklingt, im Herzen weiterfragt und uns leise erinnert: Die wahren Antworten erwachsen erst, wenn wir selbst den Mut haben, weiterzufragen.